

CHINA AUF DER WELTERNÄHRUNGSKONFERENZ

Oskar Weggel

Eine von der FAO (1) veranstaltete Mammutkonferenz (123 Teilnehmerstaaten) in Rom (5.-16. November 1974) hatte Maßnahmen auszuarbeiten, mit deren Hilfe die drei Pfeiler der Welternährungspolitik (Anhebung der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern, verbesserte Nahrungsmittelverteilung und Sicherung gegen den Hunger) verstärkt werden können. Im Jahre 2000 wird es vermutlich 7 Mrd. Menschen auf der Erde geben, also fast doppelt so viele wie heute. Schon heute leiden mehrere hundert Millionen Menschen an Hunger. Jedes Jahr sterben bereits jetzt 40 Mio. an den Folgen dieses Übels.

Angesichts dieser Situation ist nicht nur das Öl, sondern auch der Weizen zu einer politischen Waffe geworden.

Wie kann ein Gleichgewicht zwischen Bevölkerungs- und Nahrungsmittelzuwachs erreicht werden, und wie läßt es sich verhindern, daß das Getreide als neue politische Waffe mißbraucht und stattdessen sinnvoll unter die hungern- de Weltbevölkerung verteilt wird?

Wie UNO-Generalsekretär Waldheim bei seiner Eröffnungs- ansprache bekanntgab, sind die Weltweizenreserven, die noch im Jahre 1970 bei etwa 60 Mio. t lagen, gegenwärtig auf rund 22 Mio. t zusammengeschmolzen. Das Problem der Welternährung dürfe aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt akuter Katastrophenfälle gesehen werden. Auch dem Problem der weltweiten Unterernährung müsse Beachtung geschenkt werden. 200 Mio. Kinder seien un- zureichend ernährt. Nur massive Produktionssteigerungen, vor allem in den Entwicklungsländern selbst, könnten eine Rettung noch um 5 vor 12 bringen. Der UNO-Generalse- kretär sprach sich für die Produktion von Überschüssen aus und forderte eine weltweite Bestandsaufnahme des Nahrungsmittelbedarfs. Vor allem müsse die Welternäh- rungsproduktion bis zur Jahrhundertwende verdoppelt werden.

Einen "globalstrategischen" Fünfpunkteplan zum Kampf gegen den Hunger entwickelte der amerikanische Außen- minister Kissinger:

1. Die Nahrungsmittelexportländer hätten ihre Erzeugung mit allen Mitteln zu steigern. Die bisherige Politik der USA und verschiedener EG-Staaten, Prämien für den Nichtan- bau von Getreide zu leisten, müsse eingestellt werden. Vor allem hätten die amerikanischen Farmer ihre Kapazi- tät voll auszunützen. Die großen Exportländer sollten sich zu einer Exportplanungsgruppe zusammenschließen.
2. Nicht zuletzt sollten die Entwicklungsländer selbst der Nahrungsmittelproduktion erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Verstärkte Forschung und Investitionen über die Weltbank und die FAO seien zu fördern.
3. Das Volumen der Nahrungsmittelhilfe sei zu vergrö- ßern. Auch die Ölexporteure hätten diese Exporte mitzu-

finanzieren.

4. Angesichts der völlig unzureichenden Informationen über die tatsächliche Ernährungslage in vielen Entwick- lungsländern habe die Weltgesundheitsorganisation zusammen mit der FAO und UNICEF ein globales "Nutrition survey- ance system" zu etablieren.

5. Einrichtung einer Koordinierungsgruppe für Nahrungs- reserven (Reserves coordination group), der die Hauptge- treideexportländer und die wichtigsten Importländer ange- hören sollen. Wichtigste Aufgabe dieser Gruppe sei es, sich gegenseitig über die Reserven, über die Ernteaussichten, Ex- port- und Importabsichten zu informieren und sich über globale Reservenotwendigkeiten abzustimmen sowie die Richtlinien für das Reservemanagement festzusetzen. Insgesamt gehe es zunächst darum, die Weltnahrungspro- duktion innerhalb des nächsten Vierteljahrhunderts zu ver- doppeln, ja, wenn möglich, um 150% zu steigern. Den Eigen- bemühungen der Entwicklungsländer komme hierbei eine Schlüsselposition zu (2).

Die Vorschläge Kissingers lösten unterschiedliches Echo aus. Für die sich anschließende Polemik hatten viele Länder der Dritten Welt wenig Verständnis. Der allgemeinen Stim- mung gab die Kenia-Zeitung "The Standard" Ausdruck, in- dem sie vorschlug, Hungerrationen für sämtliche Delegatio- nen anzuordnen: "Setzt alle Delegierten für 48 Stunden auf die Hungerration von einigen Bechern Wasser, damit sie wirklich anfangen zu verstehen, worüber sie eigentlich reden". Die Konferenz gleite in politische Polemiken ab; die von Hungersnot betroffenen Länder jedoch benötigten "Getreide und keine wortreichen Schmähungen gegen Ka- pitalismus oder Kommunismus". Zugleich appellierte das Blatt an die jungen unabhängigen Staaten, endlich "die Ver- antwortung der Unabhängigkeit zu akzeptieren".

Die Diskussion rekurrierte immer wieder auf zwei Fragen, die in der Tat beantwortet werden müssen, wenn das Ge- spenst des Hungers gebannt werden soll:

- a) Worin liegen die Ursachen für die gegenwärtige Welt- hungerkatastrophe?

Eine Reihe von Gründen läßt sich dafür angeben.

- Man könnte etwa auf die weltweiten Klimaschwankungen hinweisen, vor allem auf die zahlreichen Taifun- und Über- schwemmungskatastrophen, wie sie im Laufe des Jahres 1974 weite Teile Indiens und Bangla Deshs heimgesucht haben.

- Eine andere Theorie lautet, daß die Ölpreise schuld an der Situation seien. Gerade die "grüne Revolution", die auf er- tragreiche Reis- und Getreidesorten abstellt, sei auf hohe Kunstdüngerzufuhr angewiesen. Infolge der "Erdölkrise" aber sei die Produktion dieses lebensnotwendigen Stoffes gedrosselt worden.

- Auch der Mangel an landwirtschaftlicher Mechanisierung könnte als Ursache genannt werden. Doch hat man hierbei zu bedenken, daß beispielsweise der Naßreisbau, der ja vor allem in den überbevölkerten Ländern Asiens die Hauptrolle spielt, nach wie vor außerordentlich arbeitsintensiv ist.

- Schließlich könnte man den in einigen Ländern geradezu beängstigenden Bevölkerungszuwachs als Grund für die Nahrungsmittelkatastrophe bezeichnen. Ein Mehr an Nahrungsmittelproduktion werde durch ein Noch-Mehr an Neugeburten buchstäblich "aufgezehrt". Einige Experten gehen allerdings davon aus, daß Industrialisierung und Verstärkung des Heiratsalters erhöhen und damit über kurz oder lang ohnehin einen Geburtenrückgang herbeiführen werden. Eine solche Stellungnahme übersieht jedoch, daß die unter asiatischen Völkern immer noch vorherrschende Mentalität in möglichst vielen Kindern - vor allem Söhnen - ein wirksames Mittel zur "Altersvorsorge" sieht. Vor allem sind diese Ansichten noch tief in der ländlichen Bevölkerung verwurzelt, die ja nach wie vor den Löwenanteil der Bevölkerung in der Dritten Welt stellt.

- Der chinesische Vertreter wollte all diese Kausalitäten nicht gelten lassen. Aus seiner Sicht "beweisen die historischen Tatsachen und das heutige Leben voll und ganz, daß das Ernährungsproblem, vor dem die Entwicklungsländer heute stehen, hauptsächlich das Ergebnis der Ausplünderung und Kontrolle durch den Kolonialismus, Imperialismus und die Supermächte" ist (3).

Abgelehnt werden müsse hauptsächlich die Theorie, daß die Überbevölkerung ausschlaggebender Faktor der Ernährungsprobleme sei. Man schaue doch auf China: Das Land habe vor der Befreiung an einer akuten Nahrungsmittelknappheit gelitten, produziere jedoch heute, da es inzwischen fast 800 Mio. Menschen zu ernähren habe, genügend Nahrungsmittel, um den Hunger zu verbannen. Die Entwicklungsländer seien durchaus in der Lage, ihre Ernährungsprobleme zu lösen, soweit sie politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangten, sich auf die Stärke und das Wissen ihrer eigenen Bevölkerung verließen, vollen Gebrauch von ihren Ressourcen machten und danach strebten, die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und Schritt für Schritt ihre eigenen nationalen Wirtschaften planmäßig zu entwickeln. Die Supermächte allerdings griffen immer noch auf die längst widerlegte malthusianische Bevölkerungstheorie zurück und behaupteten, daß der "Nahrungsmittelmangel in den Entwicklungsländern die Folge der Überbevölkerung" und das "rapide Anwachsen der Bevölkerung ein Mühlstein um den Hals der Entwicklungsländer" sei (4). Solche Hypothesen seien, wie gesagt, durch das chinesische Beispiel längst widerlegt worden.

Der chinesische Vertreter hat hier einen Punkt angesprochen, der in der Tat ernsthaft bedacht werden sollte. Welche Rolle Ausbeutungsverhältnisse spielen, wird beispielsweise in Indien deutlich: Als dort die Bauern nach dem Anbau von ertragreichen Getreidesorten ihre Ernteerträge steigern konnten, erhöhten die Großgrundbesitzer sofort die Pacht. Damit wurde deutlich, daß Sozialreformen auf dem Land unumgänglich sind.

Ein anderes Beispiel: Äthiopien, dessen Hungerkatastrophe 1974 die ganze Welt hat aufhorchen lassen, befand sich in der ungewöhnlichen Lage, die internationale Gemeinschaft einerseits um Weizenhilfesendungen zu bitten, gleichzeitig jedoch Erntbares zu exportieren und damit die staatlichen Devisenkassen zu füllen. Diese "Zweiteilung" des Landes entstand, weil einige Landesteile unter Dürre litten, während andere wegen hoher Regenfälle überdurchschnittliche Ernten erzielen konnten (5).

Aufgabe des äthiopischen Regimes wäre es gewesen, hier für einen Nahrungsmittelaustausch auf nationaler Ebene zu sorgen, und nicht etwa Gewinne in die Staatskassen - damit aber auch zum Teil in die Taschen führender Zentralfunktionäre - fließen zu lassen und gleichzeitig Zehntausende dem Hungertod auszuliefern.

b) Mit welchen Mitteln kann dem Welthunger beigegeben werden?

Fast alle Delegierten, ob sie nun aus der Ersten, Zweiten oder Dritten Welt stammen, waren sich darüber einig, daß im Mittelpunkt das "Gehen auf eigenen Beinen" stehen müsse. Auch der chinesische Vertreter hob diesen Gesichtspunkt besonders hervor:

"Wir sind der Auffassung, daß die Entwicklungsländer zur Lösung ihres Ernährungsproblems die Prinzipien der Unabhängigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft befolgen, ihre Möglichkeiten ausschöpfen und Unabhängigkeit in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln anstreben müssen, um somit schrittweise entsprechend ihren spezifischen Verhältnissen die Situation zu verändern, die darin besteht, sich zwecks Ernährung ihrer Völker auf Importe von Brotgetreide zu verlassen." (6)

Die Meinungen gingen jedoch in der Frage auseinander, ob man die Probleme mit marktwirtschaftlichen oder aber mit sozialistischen Methoden zu lösen habe.

Der amerikanische Landwirtschaftsminister stellte sich auf den Standpunkt, daß der Preis als Regulator nach wie vor eine entscheidende Rolle innehaben müsse. In Gesellschaften, die nicht sozialistisch strukturiert sind, ist der materielle Preisanreiz in der Tat nicht zu unterschätzen. Dies wird nicht nur in den USA, sondern auch in einem Staat wie Thailand deutlich, wo die Bauern kein großes Interesse daran entfalten, über ihren Eigenbedarf hinaus zu produzieren, wenn sie den Reis nur zu einem niedrigen Preis verkaufen können. Viele asiatische Entwicklungsländer haben bisher den Inlandpreis für Reis künstlich niedrig gehalten, um die Stadtbevölkerung mit billigem Reis versorgen zu können. (Man kann hier allerdings bereits einwenden, daß eine solche Festsetzung des Getreidepreises nichts mehr mit Marktwirtschaft zu tun hat. Das thailändische Beispiel ist im vorliegenden Zusammenhang also nur insoweit schlüssig, als es demonstriert, wie wichtig materielle Anreize, auch im landwirtschaftlichen Bereich, sind!)

Daß der Gesichtspunkt des materiellen Anreizes aber nicht unbedingt im Vordergrund zu stehen braucht, suchte demgegenüber der chinesische Vertreter darzutun, der in diesem Zusammenhang den Entwicklungsweg seines Landes als Mo-

dellfall herausstellte. Noch auf keiner internationalen Konferenz hat China seine eigene Marschroute so nachdrücklich auch anderen Ländern empfohlen, wie auf dem Welt ernährungstreffen in Rom. Aus diesem Grunde sei der einschlägige Passus hier wörtlich wiedergegeben:

„Unter der Führung des Vorsitzenden Mao Tse-tung und der KPCh meisterte das chinesische Volk alle Nahrungsmittelschwierigkeiten. Indem wir einen entschlossenen Kampf führten und in Unabhängigkeit und im Vertrauen auf die eigene Kraft hart arbeiteten, gelang es uns, China in ein sozialistisches Land mit beginnender Prosperität zu verwandeln. In den ländlichen Gebieten führten wir die Landreform durch, beseitigten das feudalistische System, führten die Bauern auf den Weg der Kollektivierung und gründeten überall im Lande ländliche Volkskommunen. Bei der Entwicklung der Volkswirtschaft gingen wir von der allgemeinen Politik aus, die Landwirtschaft als Basis und die Industrie als führenden Faktor zu nehmen. Bei der Aufstellung der nationalen Wirtschaftspläne räumten wir der Landwirtschaft Priorität ein und entwickelten gleichzeitig aktiv die Industrie, um so die Landwirtschaft und die anderen Wirtschaftszweige mit fortschrittlicher Technologie zu versehen und der Industrie eine führende Rolle zu übertragen. ... Heute sieht die grundlegende Nahrungsmittellage in China so aus, daß der Staat sowie die Angehörigen der Kollektive und Kommunen durchwegs über eigene Getreidereserven verfügen. Der Lebensstandard des chinesischen Volkes ist noch nicht hoch. Ein weiterer Anstieg unseres Lebensstandards erfordert fortgesetzte Anstrengungen unseres gesamten Volkes. Wir haben jedoch die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln gesichert. Wir haben stabile Lebensmittelpreise und ausreichend Nahrungsmittel für jedermann. Dies ist einmalig in der chinesischen Geschichte. Die Tatsachen in China haben den Wahrheitsgehalt der Lehren Mao Tse-tungs bewiesen, daß 'Revolution plus Produktion das Problem der Ernährung der Bevölkerung lösen können'. China hat auch Getreide auf dem Weltmarkt gekauft, verläßt sich aber nicht auf Importe für die Ernährung seiner Bevölkerung. Der Hauptzweck unserer Importe besteht darin, das Sortiment an Lebensmitteln zu erweitern, um über eine größere Angebotspalette zu verfügen. In einem Zeitraum von fast drei Jahren - beginnend 1972 - haben wir Getreide, vornehmlich Weizen, im Werte von über 2 Mio. Dollar importiert. Im gleichen Zeitabschnitt haben wir Getreide, vornehmlich Reis, exportiert. Diese Exporte erreichen in ihrem Gesamtwert fast die Importsumme. Deshalb halten sich die chinesischen Nahrungsmittelleinfuhren und -ausfuhren in den letzten drei Jahren ungefähr die Waage. Wir haben mit Nahrungsmitteln niemals irgendwelche Spekulationen betrieben. Unsere Reisexporte werden größtenteils für die Versorgung der Länder der Dritten Welt zur Verfügung gestellt. Unser Beitrag zur Lösung des Welternährungsproblems ist freilich noch sehr gering. Wir hoffen, daß wir im Zusammenhang mit der Entwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft in der Lage sein werden, diesen Zustand schrittweise zu verändern.“(7)

Die Delegierten nahmen nach elf Tagen Debatte in der Schlußsitzung am 16.11.1974 über 20 Resolutionsentwürfe an, darunter eine Deklaration zum Recht aller Menschen,

frei von Furcht vor Hunger zu leben¹⁾, die drei Forderungen aufstellte, nämlich

- Eliminierung der ständig breiter werdenden Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern;
- Aufbau neuer internationaler Wirtschaftsbeziehungen auf dem Grundsatz von Gleichheit und Gerechtigkeit;
- Anerkennung des Rechtes aller Staaten, an Entscheidungen über das Ernährungsproblem beteiligt zu werden.

Auch einigte man sich darüber, die Errichtung von vier, z. T. neuen Institutionen zu empfehlen, nämlich

1. Die Erweiterung der Befugnisse des Welternährungsrats (World Food Council). Diese Maßnahme ist ein Kompromißprodukt. Ursprünglich hatte man nämlich eine eigene mit weitgehenden Vollmachten ausgestattete Welternährungsbehörde für den Kampf gegen den Hunger schaffen wollen. Doch verzichtete man schließlich auf Schaffung einer neuen Behörde. Der jetzige World Food Council ist ein Gremium, das dem UN-Wirtschafts- und Sozialrat unterstellt ist und dessen Sekretariat am Sitz der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation in Rom (FAO) arbeitet. Der mit erweiterten Zuständigkeiten versehene Welternährungsrat soll alle Fragen der Welternährungspolitik, der Nahrungsmittelproduktion und der Fragen richtiger Ernährung, Sicherstellung von Reserven, Nahrungsmittelhilfe u.ä. koordinieren.
2. Einen internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (International Fund for Agricultural Development), der die Investitionen für eine Verbesserung der Landwirtschaftsstruktur in den Entwicklungsländern kanalisieren soll. Zuschüsse wären hier sowohl von den "alten Reichen" wie auch von den "neuen Reichen" (also den OPEC-Ländern) zu leisten. Der Fonds soll eingerichtet werden, sobald genügend Mittel (mindestens 5 Mrd. Dollar) zur Verfügung stehen und somit Anlaß zu der Annahme besteht, daß der Fonds funktionsfähig ist. Problematisch bleibt hier die Frage, ob die westlichen Geberländer nicht auch in Zukunft bilaterale Landwirtschaftshilfe vorziehen.
- Die Bundesrepublik Deutschland beispielsweise hat sich in diesem letzteren Sinne ausgesprochen.
3. Ein internationales Nahrungsmittelinformations- und Frühwarnsystem, das einen frühzeitigen Überblick über Ernteerwartungen oder Ernteauffälle in den verschiedenen Teilen der Welt koordinieren soll.
4. Einen auf drei Jahre angelegten Getreide-Katastrophenfonds, der auf einem Minimumbestand von 10 Mio. t Getreide pro Jahr angesetzt werden soll. Die bisherigen Zusagen reichen allerdings hierfür noch nicht aus (8).

Bei all diesen positiven Ergebnissen sollte man freilich nicht übersehen, daß eine Reihe grundlegender Probleme ungelöst blieb, nämlich

- a) konnte man sich nicht über eine sofortige Hungerhilfe einigen. Der Leiter der FAO hatte zu Beginn der Konferenz beantragt, daß sofort 8-12 Mio. t Getreide vom Weltmarkt aufgebracht werden sollten, um die Bedürfnisse in Asien (vor allem Bangla Desh) und Afrika über die kommenden 8-10 Monate zu befriedigen. Um die Getreidelücke zu füllen, sollten die USA in den nächsten Monaten 5 Mio. t, die EG 2,5

Mio. sowie Canada und Australien je eine Mio. t liefern.

b) Sieht man von entsprechenden Hinweisen in den Reden des chinesischen Vertreters ab, so war fast nirgends von durchgreifenden Agrarreformen die Rede und auch nicht von der Notwendigkeit, endlich eine Bestandsaufnahme des für landwirtschaftliche Zwecke noch zur Verfügung stehenden Bodens auf dieser Erde zu machen.

c) Auch über eine "neue Wirtschaftsordnung", die mit der Lösung des Welternährungsproblems eng zusammenhängt, konnte keine Einigung erzielt werden.

Die "Gruppe der 77", die inzwischen auf 104 Mitglieder angewachsen ist und eine Vereinigung von Blockfreien und Entwicklungsländern darstellt, hatte unter Führung Mexicos in dem für Wirtschaftsfragen zuständigen III. Komitee der Welternährungskonferenz weitgehende Forderungen im Hinblick auf eine neue Welthandelsstruktur gestellt:

Sämtliche Einkünfte der Industriestaaten aus Zöllen und Abschöpfungen bei Importen von Agrarprodukten und sonstigen Grenzabgaben müßten als zusätzliche Entwicklungshilfe an die Exporteure zurückerstattet werden. Es solle ein technischer Ausschuß mit der Aufgabe geschaffen werden, eine Liste von Agrar-Inputs aufzustellen, deren Preise gleitend an die Preise landwirtschaftlicher Produkte aus den Entwicklungsländern gebunden werden sollen. (Damit soll erreicht werden, daß die Preise von Agrargütern aus Drittländern nicht gedrückt und die Fertigwaren aus Industrienationen nicht überteuert würden.) Nahrungsmitteltransporte zur See oder auf anderen Wegen nach Entwicklungsländern sollten zu Vorzugstarifen befördert werden. Die importierenden Industriestaaten sollen die Agrarimporte aus Entwicklungsländern selbst dann erleichtern und steigern, wenn dadurch konkurrierende inländische Produkte benachteiligt werden. Ferner sollen die Industriestaaten notfalls Rationalisierungsmaßnahmen einführen, um eine gesteigerte Belieferung der Dritten Welt mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln sicherzustellen. Das GATT, die UNCTAD und die FAO sollen wirksame internationale Abkommen formulieren, in denen die Preise der von den Entwicklungsländern exportierten Agrarprodukte und der von ihnen importierten Industrieprodukte aus den Industrienationen indexiert werden (9).

Das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem nannte der mexikanische Vertreter "reaktionären Terrorismus". Notfalls werde die "Gruppe 77", in der neben den Entwicklungsländern auch die ölproduzierenden Staaten zusammengeschlossen sind, im Alleingang einen Agrarhilfefonds einrichten.

Die meisten Vertreter der Industriestaaten wollten sich auf Verhandlungen dieser Art nicht einlassen. Die USA vor allem meinten, Handelsfragen von solcher Tragweite zu diskutieren, widerstrebe der Zielsetzung der gegenwärtigen Konferenz. Zuständig sei hierfür allein die GATT-Runde, die ihr nächstes Treffen erst zwei Monate später abhalten werde. Auch die Delegierten der Bundesrepublik gaben, zwar nicht offiziell, wohl aber privat, zu verstehen, sie hofften, daß der mexikanische Vorschlag nicht als Resolution von der Welternährungskonferenz angenommen werde. Schließlich konnten sich die Industrieländer mit ihrer Ansicht durchsetzen, daß es sich

hier um Fragen handle, für die nicht die Welternährungskonferenz, sondern vielmehr die Welthandelskonferenz zuständig sei (zur UNCTAD-Problematik vgl. C.a. 1972/5, Ü 36, 1972/10, Ü 32, 1973/5, Ü 35).

d) Schließlich blieb die Frage unbeantwortet, wer für die Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion finanziell aufkommen soll. Die Agrarexperten waren sich darüber einig, daß im Hinblick auf die immer knapper werdenden Welternährungsreserven in Zukunft die landwirtschaftlichen Anbaukapazitäten aller Länder maximal ausgenutzt werden sollen. Die Landwirtschaft der USA wäre ohne weiteres in der Lage, durch erhöhten Einsatz von Düngemitteln und Maschinen ihre Produktion zu verdoppeln, ja vielleicht sogar zu verdreifachen. Wer aber soll den Bauern das Mehrprodukt abkaufen: der amerikanische Steuerzahler, die Gemeinschaft der Industrieländer oder aber ein Konsortium der Ölstaaten?

e) Noch eine weitere Frage erwies sich als höchst widersprüchlich, nämlich das Problem, wie sich kurzfristige und langfristige Ernährungsstrategien miteinander vereinbaren lassen. Kurzfristig geht es im Moment darum, mehrere Millionen Menschen in den Entwicklungsländern vor dem Hungertod zu retten. Dies ist eine dringende und vorrangige Frage, da infolge von Naturkatastrophen und gestiegenen Düngemittelkosten (Ölpreise) akute Ernährungskrisen entstanden sind.

Wird aber durch solche Nahrungsmittelhilfen nicht der Wille der hilfsbedürftigen Völker zu eigener Produktion und zu eigenen Anstrengungen gedrosselt? Immerhin geht es ja auf lange Sicht für die armen Staaten darum, sich selbst "auf eigene Beine zu stellen" und ihre eigene Selbstversorgung zu sichern. Dazu gehört einmal die Abkehr von prestigeträchtigen Industrieprojekten und die Hinwendung zur intensiven Förderung der eigenen Landwirtschaft, zum anderen aber vor allem die Mobilisierung der Bevölkerung zu höheren Eigenleistungen. Gerade diese Mobilisierung aber könnte durch Nahrungsmittelhilfe wiederum gebremst werden. Darauf weist in indirekter Form auch die Agentur Hsinhua (10) hin, wenn sie den USA vorwirft, in Form von "Nahrungsmittelhilfe" überschüssiges Getreide im Ausland abgesetzt und es "zu Schleuderpreisen" an die Entwicklungsländer verkauft zu haben, wodurch die dortigen Volkswirtschaften geschädigt worden seien.

Die Haltung Chinas wurde von manchen Beobachtern als "konsequent unkonstruktiv" empfunden (11). Aus der alleinigen Tatsache jedoch, daß in der Ansprache des chinesischen Delegierten das Wort "Hegemonie" fünfmal, "Ausplünderung" achtmal, "Kolonialismus" elfmal, "Imperialismus" achtzehnmal und "Supermächte" neunzehnmal gefallen war, läßt sich ein solcher Schluß noch nicht ableiten; bestand doch auch bei westlichen Landwirtschaftsexperten zumindest stillschweigende Einigkeit darüber, daß die Ernährungsprobleme der Dritten Welt auf die Dauer nur langfristig gelöst werden könnten, wenn sie in etwa dem Vorbild Chinas folgt: Priorität der Landwirtschaft, (Beginn der Industrialisierung bei der Verarbeitung von Agrarprodukten mit viel Arbeitskraft und wenig Kapital), Förderung der Massenkaufkraft sowie soziale Agrarreform zugunsten der Kleinbauern. Ohne soziale Gerechtigkeit im eigenen Land kann auch keine neue Weltwirtschaftsordnung helfen.

Gerade auf diese Punkte aber hat der chinesische Vertreter nachdrücklich verwiesen. Im übrigen sollte auch nicht übersehen werden, daß er gleich nach Annahme der Schlußresolutionen am 16.11.1974 das Wort ergriff und darauf hinwies, daß vor allem "die Erklärung über die Beseitigung von Hunger und Unterernährung" ein "positiver Beitrag zur Festlegung des zu verfolgenden Weges und der zu ergreifenden Aktionen in Richtung auf die Lösung der Welternährungsprobleme" sei (12). Allerdings

wollte er es sich auch bei dieser Gelegenheit nicht nehmen lassen, einen Seitenhieb gegen die Supermächte auszuteilen. Zur Resolution über die sogenannte "Senkung der militärischen Ausgaben zwecks Steigerung der Nahrungsmittelproduktion" wies er nämlich darauf hin, daß die Supermächte seit vielen Jahren eine "wahnwitzige Rüstungsexpansion" betrieben, deren Ende noch nicht abzusehen sei. Auf Einsparung von Rüstungsausgaben sei daher vorerst kaum zu hoffen (13).

- 1) Food and Agriculture Organization, Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Rom, mit zwei Organen: Konferenz der Mitgliedstaaten und Welternährungskonferenz
- 2) NZZ, 6.11.1974
- 3) NCNA 7.11., 8.11.1974
- 4) NCNA 7.u.8.11.1974
- 5) NZZ 7.11.1974

- 6) NCNA 7.u.8.11.1974
- 7) NCNA 7.u.8.11.1974
- 8) SZ, Welt, Times 18.11., Le Monde 19.11.1974
- 9) NfA 13.11., Die Welt 13.11.1974
- 10) NCNA 14.11.1974
- 11) Vgl. z.B. Die Zeit 24.11.1974, S.10
- 12) NCNA 18.11.1974
- 13) Ebda.

